CHRISTOPH JEREMIAS

Internationale Insolvenzaufrechnung

Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht 150

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

150

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Klaus J. Hopt und Reinhard Zimmermann



Christoph Jeremias

Internationale Insolvenzaufrechnung

Mohr Siebeck

Christoph Jeremias, geboren 1977 in Göttingen; 1997–2002 Studium der Rechtswissenschaft in Potsdam, Genf und Berlin; 2005 Promotion, Freie Universität Berlin; seit 2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Internationales Privat- und Verfahrensrecht und Rechtsvergleichung von Prof. Dr. Helmut Grothe; seit 2004 Rechtsreferendar im Bezirk des Kammergerichts.

978-3-16-158489-3 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

ISBN 3-16-148719-2

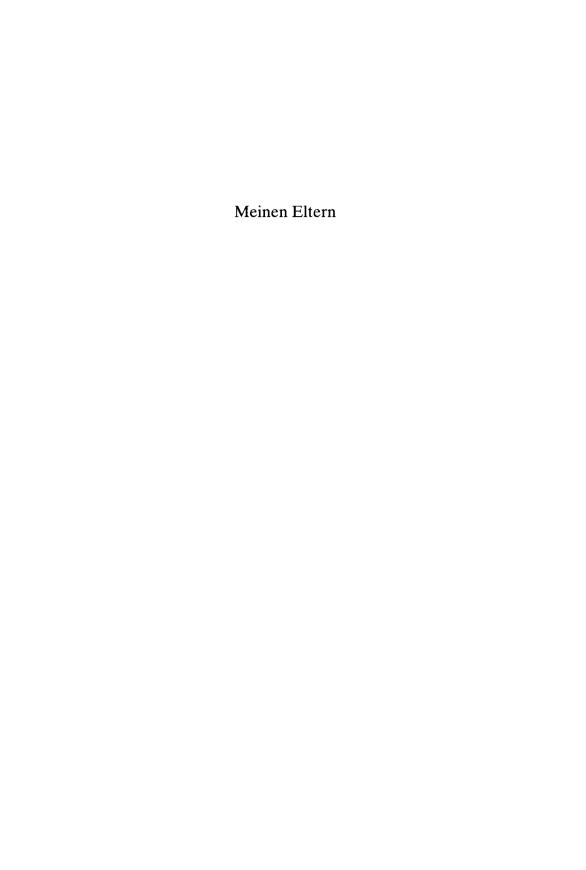
ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar.

© 2005 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Held in Rottenburg gebunden.



VORWORT

Die nachfolgende Abhandlung lag dem Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin im Wintersemester 2004/2005 als Dissertation vor. Sie entstand während meiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Prof. Dr. Grothe.

Meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Grothe möchte ich für die sehr gute und stets über alle beim Verfassen der Arbeit auftretenden Probleme hinweghelfende Betreuung der Doktorarbeit, für alle Gutachten und das immer überaus angenehme Arbeitsklima an seinem Lehrstuhl herzlich danken; nicht zuletzt deshalb war die Promotionszeit eine wirklich schöne Zeit. Herzlich bedanken möchte ich mich auch bei Herrn Prof. Dr. Martin Schwab für die Erstellung des Zweitgutachtens.

Herrn Prof. Dr. Flessner bin ich sehr dankbar für die mir sehr wichtige und hilfreiche Beratung bei der Suche und Konkretisierung des Themas dieser Arbeit. Ebenso möchte ich dem Max Planck Institut für ausländisches und internationales Privatrecht – insbesondere Herrn Prof. Dr. Kropholler – für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe "Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht" danken.

Bei der Kommission zur Vergabe von Promotionsstipendien nach dem Nachwuchsförderungsgesetz (NaFöG) und dem Land Berlin möchte ich mich für die Gewährung eines großzügigen Doktorandenstipendiums bedanken. Besonderen Dank schulde ich in diesem Zusammenhang Frau Dr. Schrüfer.

Großen Dank Anne, Niko, Raimund und Steffi für die inhaltlichen Diskussionen, David für die jedes Problem lösende computertechnische Hilfe und meinen Eltern für das Korrekturlesen. Schließlich ganz herzlichen Dank an Anika für das inhaltliche Korrekturlesen trotz ihrer knappen Zeit, deren goldene "dumme Fragen" stets manche Stunde Nachdenken für – hoffentlich – ebenso "dumme Antworten" in dieser Arbeit nach sich zogen.

Berlin, im Mai 2005

Christoph Jeremias

INHALTSÜBERSICHT

Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einleitung	1
A. Einführung in das Thema	1
B. Gang der Untersuchung	4
Erstes Kapitel: Ursprung und Funktionen der Aufrechnung	9
A. Dogmatischer Ursprung der Aufrechnung	9
B. Funktionen der Aufrechnung im allgemeinen Zivilrecht	18
Zweites Kapitel: Vollzug, Wirkung und Voraussetzungen der Aufrechnung in den nationalen Zivilrechten	34
A. Vollzug und Wirkung der Aufrechnung	34
B. Voraussetzungen der Aufrechnung	63
Drittes Kapitel: Aufrechnung in der Insolvenz	111
A. Begriff der Insolvenzaufrechnung	111
B. Funktionen des Insolvenzrechts	113
C. Berechtigung einer Aufrechnung im Insolvenzverfahren	
D. Funktionen der Insolvenzaufrechnung	
E. Rechtssystematische Stellung der Insolvenzaufrechnung	140
Viertes Kapitel: Ausgestaltung der Aufrechnung in den nationalen Insolvenzrechten	142
A. Vollzug und Wirkung	143
B. Voraussetzungen der Insolvenzaufrechnung	144
C. Vergleich	189
Fünftes Kapitel: Behandlung der Aufrechnung bei grenzüberschreitenden Insolvenzfällen	201
A. Aufrechnung im deutschen Internationalen Privatrecht	
B. Aufrechnung im Internationalen Insolvenzrecht	
Ergebnisse	
Literaturverzeichnis	
Gesetzestexte	
Sachragistar	228

INHALTSVERZEICHNIS

Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einleitung	1
A. Einführung in das Thema	
B. Gang der Untersuchung.	
Erstes Kapitel: Ursprung und Funktionen der Aufrechnung	
A. Dogmatischer Ursprung der Aufrechnung	9
I. Billigkeit	
II. Vertrauensschutz.	
B. Funktionen der Aufrechnung im allgemeinen Zivilrecht	18
I. Vereinfachungsfunktion	
1. Verbreitung des Vereinfachungsgedankens in Europa	
2. Begrenzter (rechtlicher) Aussagegehalt dieser	
Vereinfachungsbetrachtung für die Aufrechnungsfunktionen	20
II. Materiellrechtliche Funktionen	22
1. Aufrechnung als Befreiung von der eigenen Schuld	
(Tilgungsfunktion)	24
2. Aufrechnung als Sicherung und Vollstreckung der eigenen Forderung	
(Befriedigungsfunktion)	27
III. Verfahrensrecht: Prozessökonomie	32
Zweites Kapitel: Vollzug, Wirkung und Voraussetzungen	
der Aufrechnung in den nationalen Zivilrechten	34
A. Vollzug und Wirkung der Aufrechnung	34
I. Erklärungsaufrechnung	35
II. Legalaufrechnung (ipso iure compensatur)	40
III. Prozessaufrechnung	42
1. Set-off und counterclaim im englischen Recht	42
a) Set-off	42
b) Counterclaim	43
2. Compensation judiciaire und compensazione giudiziale	44
IV. Vergleich	
1. Prozessual und materiellrechtlich ausgestaltete Aufrechnungsformen	45
2. Legalaufrechnung und Erklärungsaufrechnung als Ausprägungen	
der materiellrechtlichen Aufrechnung	
3. Ex tunc und ex nunc wirkende Erklärungsaufrechnung	52

a) Die Parteivorstellung und Vertrauensschutz als Argumente	
für eine ex tunc-Wirkung?	53
b) "Objektiv-vermögensrechtliche Wirkungen" der	
Aufrechnungslage als Argument für eine Rückwirkung	58
c) Der Ansatz Dernburgs zur Begründung der Rückwirkung	59
d) Die Möglichkeit einer Insolvenzaufrechnung als Argument	
für eine Rückwirkung?	60
e) Weitere Erklärungsansätze für die Begründung der Rückwirkung	61
f) Weitere Argumente für eine ex nunc wirkende Aufrechnung	61
g) Ergebnis	63
B. Voraussetzungen der Aufrechnung	63
I. Gegenseitigkeit	64
1. Allgemeines	64
2. Ausnahmen: insbesondere Abtretung und Pfändung der	
Passivforderung	66
II. Gleichartigkeit	72
1. Allgemeines	72
2. Währungsverschiedene Forderungen	73
a) Zulässigkeitsvoraussetzungen für die Aufrechnung	
währungsverschiedener Forderungen	73
b) Maßgeblicher Umrechnungszeitpunkt	80
c) Rechtslage in England	82
III. Fälligkeit und Durchsetzbarkeit zumindest der Aktivforderung,	
Erfüllbarkeit der Passivforderung	
IV. Liquidität	
V. Aufrechnungsverbote	
1. Vertraglicher Aufrechnungsausschluss	94
2. Aufrechnungsverbote zur Sicherung der Existenz eines	
Gläubiger/Schuldners	
3. Aufrechnungsverbote bei Ansprüchen aus unerlaubter Handlung	
4. Aufrechnungsverbote gegenüber staatlichen Ansprüchen	
5. Sonstige Aufrechnungsverbote	
VI. Vergleich	
1. Gegenseitigkeit	
2. Gleichartigkeit	
3. Fälligkeit und Durchsetzbarkeit	
4. Liquidität	
5. Aufrechnungsverbote	
6. Resümee	
Drittes Kapitel: Aufrechnung in der Insolvenz	111
A. Begriff der Insolvenzaufrechnung	111
B. Funktionen des Insolvenzrechts	

I. Verteilung	115
II. Verwertung	116
C. Berechtigung einer Aufrechnung im Insolvenzverfahren	117
I. Insolvenzaufrechnung und Insolvenzverteilungsrecht: Verstoß	
gegen den Grundsatz der gleichmäßigen Gläubigerbefriedigung	
(par conditio creditorum)?	117
Rechtfertigungsgründe für das Privileg Insolvenzaufrechnung	119
a) Vertrauensschutz und Sicherungsfunktion der Aufrechnung	119
b) Hypothetischer Vergleich: die Gläubigerinteressen beim nicht	
existenten staatlichen Insolvenzverfahren	126
c) Billigkeit der Insolvenzaufrechnung	127
d) Vergleich der Aufrechnung mit dem Synallagma vertraglicher	
Beziehungen	127
e) Konnexität der Forderungen	128
f) Wirtschaftliche Zweckmäßigkeit der Zulässigkeit einer	
Insolvenzaufrechnung	130
g) Rückbeziehung der Aufrechnungswirkungen	133
2. Fazit	133
II. Insolvenzaufrechnung und Insolvenzverwertungsrecht	134
D. Funktionen der Insolvenzaufrechnung	136
I. Recht auf abgesonderte Befriedigung aus der eigenen Schuld	
respektive Befriedigungsfunktion	136
II. Erfüllungsäquivalenz respektive Tilgungsfunktion	139
III. Vereinfachung der Rechtsbeziehungen	140
E. Rechtssystematische Stellung der Insolvenzaufrechnung	140
Viertes Kapitel: Ausgestaltung der Aufrechnung in den	
nationalen Insolvenzrechten	142
A. Vollzug und Wirkung	
B. Voraussetzungen der Insolvenzaufrechnung	144
I. Die das "gewöhnliche" Aufrechnungsrecht modifizierende Insolvenzaufrechnung	1.45
•	
Eintritt der Aufrechnungslage vor Verfahrenseröffnung a) Geltung der allgemeinen Aufrechnungsvoraussetzungen	
b) Insolvenzrechtsspezifische Ausschlussgründe	
Eintritt der Aufrechnungslage nach Verfahrenseröffnung	
a) Die Passivforderung des insolventen Schuldners richtet sich	130
erst nach Insolvenzbeginn gegen den Insolvenzgläubiger	150
b) Die Aktivforderung des Gläubigers entsteht nach	137
Insolvenzbeginn	161
c) Erwerb der Aktivforderung durch Abtretung	

d) Die Aktivforderung des Gläubigers wird erst nach	
Insolvenzbeginn fällig, unbedingt bzw. gleichartig	165
e) Aufrechnung von konnexen Forderungen	172
3. Aufrechnungserweiterungen: Sonderaufrechnungsrechte in der	
Insolvenz	175
a) Herbeiführung der Aufrechnungsmöglichkeit durch gesetzliches	
Fälligwerden	175
b) Herbeiführung der Gleichartigkeit durch Umrechnung in	
Geldforderung	176
c) Währungsverschiedene Forderungen	177
II. Die Insolvenzaufrechnung als eigenständiges Rechtsinstitut	177
1. Insolvency set-off in England	178
a) Grundzüge	178
b) Behandlung von gegenseitigen Verträgen	185
aa) Zur Zeit der Verfahrenseröffnung noch nicht erfüllte	
gegenseitige Verträge	185
bb) Vom Insolvenzverwalter nach Verfahrenseröffnung neu	
geschlossene, gegenseitige Verträge	187
2. Ausblick: Insolvenzaufrechnung in Schottland	188
C. Vergleich	189
I. Rechtssystematische Einordnung der Insolvenzaufrechnung	189
II. Vollzug der Insolvenzaufrechnung	
III. Voraussetzungen der Insolvenzaufrechnung	191
1. Vollendung der Aufrechnungslage vor Eröffnung des	
Insolvenzverfahrens (insolvenzrechtsspezifische	
Unwirksamkeitsgründe)	191
2. Vollendung der Aufrechnungslage nach Eröffnung des	
Insolvenzverfahrens	192
3. Behandlung von gegenseitigen Verträgen	200
IV. Resümee	
Fünftes Kapitel: Behandlung der Aufrechnung bei	
grenzüberschreitenden Insolvenzfällen	201
-	
A. Aufrechnung im deutschen Internationalen Privatrecht	
I. Objektive Anknüpfung	
1. Lex fori	
2. Das Recht am Wohn- bzw. Geschäftssitz des Aufrechnenden	203
3. Bestimmung des Aufrechnungsstatuts anhand der	
Entstehensreihenfolge der wechselseitigen Forderungen	
4. Kumulation der Forderungsstatute	
5. Alternativanknüpfung	
6. Statut der Aktivforderung	
7 Statut der Passiyforderung	209

a) Berücksichtigung der Tilgungsfunktion	210
b) Berücksichtigung der Befriedigungsfunktion	212
aa) Das auf Forderungspfandrechte anwendbare Recht	212
bb) Vergleich des Forderungspfandrechtsstatuts und des an die	
Passivforderung anknüpfenden Aufrechnungsstatuts	213
cc) Berücksichtigung von Art. 6 Abs. 1 EuInsVO und	
§ 338 InsO	215
dd) Fazit	216
c) Berücksichtigung der Prozessökonomie	
d) Aufrechnungsfreundlichkeit	217
e) Voraussehbarkeit des anwendbaren Rechts	218
f) Praktikabilität der gefundenen Lösung	219
8. Ergebnis	220
II. Besonderheiten bei Geltung des Einheitskaufrechts (CISG)	220
III. Subjektive Anknüpfung: Möglichkeit einer Rechtswahl durch die	
Parteien	221
IV. Prozessrechtliche Ausgestaltung der Aufrechnung nach der	
lex causae	224
V. Umfang des Aufrechnungsstatuts	226
B. Aufrechnung im Internationalen Insolvenzrecht	227
I. Europarechtliches Insolvenzkollisionsrecht	228
1. Europäische Insolvenzverordnung vom 29. Mai 2000	228
a) Allgemeines	229
aa) Bestrebungen zur Vereinheitlichung des europäischen	
Internationalen Insolvenzrechts vor Erlass der EuInsVO	
bb) Rechtliche Grundlage für die EuInsVO	
cc) Regelungsinhalte und Verfahrensgrundsätze der EuInsVO	
dd) Reichweite der EuInsVO	
(1) Sachlicher Anwendungsbereich	
(2) Räumlich-persönlicher Anwendungsbereich	
(3) Zeitlicher Anwendungsbereich	
b) Das auf die Aufrechnung in der Insolvenz anwendbare Recht	
aa) Grundsatz Art. 4 Abs. 2 S. 2 lit. d) EuInsVO	238
(1) Berechtigung der grundsätzlich pauschalen Geltung	
der lex fori concursus für Insolvenzverfahren	238
(2) Reichweite der lex fori concursus im Fall der	
Insolvenzaufrechnung	
bb) Vertrauensschutzregelung des Art. 6 EulnsVO	
(1) Motiv für Art. 6 EuInsVO	
(2) Anwendungsbereich des Art. 6 Abs. 1 EuInsVO	256
(3) Die Reichweite der in Art. 6 Abs. 1 EuInsVO	250
ausgesprochenen Verweisung	258

(4) Art. 6 Abs. 2 Eulns VO	260
(5) Praktische Relevanz des Art. 6 EuInsVO	261
(6) Inhaltliche Berechtigung des Art. 6 EuInsVO	263
2. Die europäischen Richtlinien über die Sanierung und Liquidation	
von Kreditinstituten und von Versicherungsunternehmen	266
II. Autonomes deutsches Internationales Insolvenzrecht	268
1. Allgemeines	268
a) Relevanz des autonomen deutschen Internationalen	
Insolvenzrechts nach Inkrafttreten der EuInsVO	268
b) Entwicklung des autonomen deutschen Insolvenzkollisionsrechts	269
c) Universalitätsprinzip versus Territorialitätsprinzip	271
aa) Auswirkungen der Inlandsinsolvenz auf Auslandsvermögen	272
bb) Auswirkungen der Auslandsinsolvenz auf Inlandsvermögen	
2. Das auf die Aufrechnung anwendbare Recht	275
a) Alte Rechtslage vor Inkrafttreten des Elften Teils der	
Insolvenzordnung	
b) Neues deutsches Internationales Insolvenzrecht	
aa) Grundsatz § 335 InsO	
bb) Vertrauensschutzregelung des § 338 InsO	
(1) Regelungsinhalt von § 338 InsO	
(2) Inhaltliche Berechtigung des § 338 InsO	283
Ergebnisse	285
Literaturverzeichnis	289
Gesetzestexte	309
Sachregister	328

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

a.A. andere Ansicht
a.a.O. am angegebenen Ort

ABGB Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch (Österreich)

ABl. Amtsblatt Abs. Absatz

A.C. Law Reports, Appeal Cases, House of Lords and Privy Council

AcP Archiv für die civilistische Praxis

a.E. am Ende
a.F. alte Fassung
AG Amtsgericht
AktG Aktiengesetz

All ER The All England Law Reports

a.M. andere Meinung
Anm. Anmerkung
AO Abgabenordnung

ArchbürgR Archiv des bürgerlichen Rechts

Art. Artikel

AT Allgemeiner Teil

AWD Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters

BadRPrax Badische Rechtspraxis BAG Bundesarbeitsgericht

BayObLG Bayerisches Oberstes Landesgericht

B.C. Bankruptcy Code (USA)

Bd. Band

BGB Bürgerliches Gesetzbuch
BGBl. Bundesgesetzblatt

BGE Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts

BGH Bundesgerichtshof

BGHZ Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen

BT-Drucks. Drucksache des Deutschen Bundestages

Build.L.R. Building Law Report

Bull. civ. I. Bulletin des arrêts de la Cour de cassation, Chambres civiles, Pre-

mière Partie, Première chambre civile

Bull. civ. IV. Bulletin des arrêts de la Cour de cassation, Chambres civiles, Qua-

trième Partie, Chambre commerciale et financière

BVerfGE Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

BW Nederlands Burgerlijk Wetboek

bzw. beziehungsweise C. Codex Iustinianus

Cass. Civ. Cour de Cassation Chambre Civile

Cass. civ. sez. Suprema Corte di Cassazione (sezioni civili)

Cass. Com. Cour de Cassation Chambre commerciale et financière

C.A. Court of Appeal

Ch. D. Law Reports, Chancery Division

CISG Convention on the International Sale of Goods (Wiener UN-

Übereinkommen über Verträge über den internationalen Waren-

kauf)

Civ. Chambre civile
Cmnd. Command Papers
C. P. Common Pleas Cases
CPR Civil Procedure Rules

D. DallozDB Der Betrieb

DDR-RAG Gesetz über die Anwendung des Rechts auf internationale zivil-,

familien- und arbeitsrechtliche Beziehungen sowie auf internatio-

nale Wirtschaftsverträge (Rechtsanwendungsgesetz) (DDR)

ders. derselbe
dies. dieselben
Dig. Digesten
Diss. Dissertation
DM Deutsche Mark

D.P. (Recueil) Dalloz périodique et critique

DStR Deutsches Steuerrecht

DtZ Deutsch-deutsche Rechts-Zeitschrift
DZWIR Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

EG Europäische Gemeinschaft/Vertrag zur Gründung der Europäischen

Gemeinschaft

EGInsO Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung

Einl. Einleitung

EO Österreichische Exekutionsordnung EPCL Principles of European contract law

Eq Law Reports, Equity Cases

EU Europäische Union/Vertrag über die Europäische Union

EuGH Europäischer Gerichtshof

EuGVO Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates über die gerichtliche Zu-

ständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 22. Dezember 2000

(ABl. EG Nr. L 160/37)

EuGVÜ Brüsseler EWG-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständig-

keit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivilund Handelssachen vom 27. September 1968 (BGBI. 1972 II S. 774) in der Fassung des 4. Beitrittsübereinkommens vom 29.11.1996 (BGBI. 1998 II S. 1412; ABI. EG 1998, Nr. L 27/3)

EuInsÜ Europäisches Übereinkommen über Insolvenzverfahren vom 23.

November 1995

EuInsVO Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates über Insolvenzverfah-

ren vom 29. Mai 2000 (ABl. EG Nr. L 160/1)

EuZW Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

EVHGB Vierte Verordnung zur Einführung handelsrechtlicher Vorschriften

im Lande Österreich

EVÜ Römisches EWG-Übereinkommen über das auf vertragliche

Schuldverhältnisse anzuwendende Recht

EWiR Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht

Exch. Exchequer f./ff. folgende Fn. Fußnote

Foro it. Mass. Foro Italiano Massimario

FS Festschrift

Fw Faillissementswet (niederländisches Konkursgesetz)

Gaz. Pal. Gazette du Palais
GG Grundgesetz
Giust. Civ. Giustizia civile

GmbHG Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung

h.M. herrschende Meinung

Hrsg. Herausgeber
i. Erg. im Ergebnis
insb. insbesondere
InsO Insolvenzordnung
Inst. Institutiones

IPG Gutachten zum internationalen und ausländischen Privatrecht

IPR Internationales Privatrecht

IPRax Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts

IPRspr. Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des Internationalen

Privatrechts

IPRG Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht (Schweiz)

i.V.m. in Verbindung mitJA Juristische ArbeitsblätterJBl Juristische Blätter (Österreich)

JherJb Jherings Jahrbücher für die Dogmatik des bürgerlichen Rechts

JR Juristische Rundschau
Jura Juristische Ausbildung
JuS Juristische Schulung

JW Juristische Wochenschrift

JZ Juristenzeitung

K.B. Law Reports: King's Bench Division

KG Kammergericht
KO Konkursordnung

KTS Konkurs-, Treuhand- und Schiedsgerichtswesen

LAG Landesarbeitsgericht

LG Landgericht

lit. litera

LZ Leipziger Zeitschrift für Handels-, Konkurs- und Versicherungs-

recht

MDR Monatsschrift für Deutsches Recht

Mrd. Milliarden

m.w.N. mit weiteren Nachweisen

n. Chr. nach Christus/nach Christi Geburt NJW Neue Juristische Wochenschrift

NJW-RR NJW-Rechtsprechungsreport Zivilrecht

Nr. Nummer

NZA-RR Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht, Rechtsprechungsreport

NZG Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht NZI Neue Zeitschrift für Insolvenzrecht OGH Österreichischer Oberster Gerichtshof

OLG Oberlandesgericht

OLG Rspr. Die Rechtsprechung der Oberlandesgerichte auf dem Gebiete des

Zivilrechts

OLGZ Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen

österre. österreichisch

OR Obligationenrecht (Schweiz)

Ord. Order

Pas. Pasicrisie belge

Q.B. Law Reports, Queens Bench Division

Q.B.D. Law Reports, Queens Bench Division (vor 1890)

r. rule

Rabels Z Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht

RdNr.RandnummerRegERegierungsentwurfReq.Chambre des requêtes

Rev. proc. coll. Revue des procédures collectives

Rev. trim. dr. com. Revue trimestrielle de droit commercial et de droit économique

Rev. trim. dr. eur. Revue trimestrielle de droit européen

RGRK Reichsgerichtsrätekommentar

RGZ Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen, Amtliche

Sammlung

RheinArch Rheinisches Archiv für Zivil- und Strafrecht

RIW Recht der Internationalen Wirtschaft

RJDA Revue de Jurisprudence de Droit des Affaires

R.S.C. Rules of the Supreme Court

S. Seite/Satz
s. siehe
sc. scilicet
Sch Schedule

SchKG Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (Schweiz)

Sec. Section

SMG Schuldrechtsmodernisierungsgesetz

Sp. Spalte

SZIER Schweizerische Zeitschrift für internationales und europäisches

Recht

u.a. unter anderem

UmstG 3. Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz)

vom 20. Juni 1948

UNIDROIT Institut international pour l'unification du droit privé

vgl. vergleiche Vorbem. Vorbemerkung

wbl wirtschaftsrechtliche blätter (Österreich)

W.L.R. The Weekly Law Reports
WM Wertpapier-Mitteilungen

ZBB Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft ZEuP Zeitschrift für Europäisches Privatrecht

ZGB Zivilgesetzbuch

ZHR Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht

ZInsO Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht

ZIP Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

zit. zitiert

ZPO Zivilprozeßordnung

ZSR Zeitschrift für Schweizerisches Recht

ZVglRWiss Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft

ZZP Zeitschrift für Zivilprozeß

EINLEITUNG

A. EINFÜHRUNG IN DAS THEMA

Das Insolvenzrecht gewinnt angesichts einer steigenden Zahl von Unternehmenszusammenbrüchen immer mehr an Aktualität. Die ansteigende Tendenz der Insolvenzen ist kein deutsches Phänomen, sondern betrifft fast alle Länder des europäischen Wirtschaftsraumes. So stieg 2002 im dritten Jahr in Folge die Zahl der Gesamtinsolvenzen in Westeuropa (EU-Staaten, Schweiz und Norwegen) weiter an; im Vergleich zu den Vorjahren war dabei ein bedenklicher Anstieg zu beobachten. Insgesamt wurden 241 000 Fälle gezählt (21,7 Prozent mehr als im Jahr 2001 mit 198 031 Insolvenzfällen). In Deutschland ist die Lage mit der im europäischen Vergleich höchsten Steigerungsrate von 66,4 Prozent besonders bedrohlich. Auch die in diesen 241 000 westeuropäischen Fällen enthaltene Zahl der Unternehmensinsolvenzen stieg um 10,7 Prozent auf 150 300 Fälle, wobei die meisten Unternehmenszusammenbrüche aus Frankreich (38 700) zu berichten waren. 3

Die starke internationale Verflechtung der Wirtschaft⁴ führt dazu, dass in zahlreichen dieser Insolvenzfälle nicht nur Gläubiger im Inland, sondern auch ausländische Geschäftspartner oder Kapitalgeber von einer inländischen Insolvenz betroffen sind. Angesichts dieser Tatsache stellt sich die Frage, welche Rechtsordnung(en) über die rechtliche Behandlung dieser Insolvenzfälle entscheiden soll(en).

Zwar ist durch das Inkrafttreten der Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates über Insolvenzverfahren (EuInsVO)⁵ im Mai 2002 eine Vereinheitlichung der Zuständigkeits- und Anerkennungsregeln und der das an-

¹ Insolvenzanalyse des Informationsdienstleisters Creditreform:

 $http://www.creditreform.de/\ presse/00053.php\ und$

http://www.creditreform.de/angebot/analysen/0030/01.php.

http://www.creditreform.de/presse/00053.php.

http://www.creditreform.de/presse/00053.php.

⁴ So exportierte beispielsweise die Bundesrepublik Deutschland im November 2003 Waren im Werte von 58,7 Mrd. Euro und importierte Waren für 48,4 Mrd. Euro; Einnahmen aus Dienstleistungen betrugen 8,1 Mrd. Euro gegenüber Ausgaben für Dienstleistungen in Höhe von 9,9 Mrd. Euro. Quelle: Monatsbericht Januar 2004 der Deutschen Bundesbank, http://www.bundesbank.de/vo/download/mb/2004/01/200401mb.pdf, S. 12.

⁵ ABl. EG Nr. L 160 vom 30.6.2000, S. 1.

2 Einleitung

wendbare Recht bestimmenden Regeln bei internationalen, europäischen Insolvenzverfahren erreicht worden.⁶ Eine Harmonisierung des materiellen Insolvenzrechts steht aber noch aus.

Gerade aufgrund dieser fehlenden Vereinheitlichung der nationalen Insolvenzrechte erscheint eine nähere Untersuchung der Aufrechnung in internationalen Insolvenzfällen wichtig. Hinzu kommt, dass sich ob der bis zu drei beteiligten Rechtsordnungen (die Forderung des Gemeinschuldners untersteht Recht X, die Forderung des Insolvenzgläubigers untersteht Recht Y und die lex fori concursus ist die Rechtsordnung Z) besondere Schwierigkeiten bei der Bestimmung des anwendbaren Rechts ergeben können.

Doch auch unter materiellrechtlichen und rechtshistorischen Gesichtspunkten erscheint ein rechtsvergleichender Blick gerade auf die Aufrechnung in der Insolvenz interessant. Schon bei der Betrachtung des römischen Rechts ist besonders bemerkenswert, dass grundsätzlich zunächst keinerlei Aufrechnung mit Aktivforderungen⁷ durch den Schuldner möglich war.⁸ Eine Aufrechnung kam nur dann in Betracht, wenn es ausnahmsweise eine Klageformel (formula) gab, welche die Berücksichtigung von Aktivforderungen des Beklagten vorsah.⁹ Grund dafür waren die Besonderheiten des strengrechtlichen Prozesses im römischen Recht.¹⁰ Neben den Sonderfällen der bonae fidei iudicia, bei der es zu einer Verrechnung von Aktivforderung und eingeklagter Passivforderung kam, sofern diese aus demselben Schuldverhältnis (ex eadem causa) stammten,¹¹ und des argentarius (Bankiers), der gegen seine Bankkunden nicht einfach einzelne Forderungen, sondern nur den Saldo aus seinen Forderungen und den For-

⁶ Vgl. Erwägungsgrund Nr. 6 zur EuInsVO.

⁷ Im Folgenden werden die plastischeren Begriffe "Aktivforderung" (Forderung des Aufrechnenden, die teilweise auch als Gegenforderung bezeichnet wird) und "Passivforderung" (Forderung des Aufrechnungsgegners, die auch Hauptforderung genannt wird) gebraucht. S. dazu nur *Staudinger*¹³/*Gursky* (2000), Vorbem zu §§ 387 ff. RdNr. 1.

⁸ Auch dem germanischen Recht war eine Aufrechnung fremd. *Dernburg*, S. 265 f. Der Sachsenspiegel bestimmte im 3. Buch Art. 12 (§ 1): "Svelk man uppe'n anderen klaget und jene weder up ine, die erst klaget, die ne hevet dem anderen nicht to antwerdene, he ne si aller erst von ime ledich." ("Wenn jemand gegen einen anderen klagt und dieser wieder gegen ihn klagt, so braucht der erstere sich auf des letzteren Klage nicht eher einzulassen, als die Klage erledigt ist." Zitiert nach *Rotermund*, S. 96.) S. dazu *Dullinger*, S. 150 und *Dernburg*, S. 267 f.

⁹ Zur späteren Entwicklung der Aufrechnung im nachklassischen römischen Recht zu einem einheitlichen Rechtsinstitut von allgemeinem Charakter: *Kaser* II, S. 447 f.

¹⁰ Berger, S. 59; Staudinger¹³/Gursky (2000), Vorbem zu §§ 387 ff. RdNr. 3; Dullinger, S. 148.

¹¹ Honsell/Mayer-Maly/Selb, S. 274; Kaser I, S. 644 f.

derungen seiner Kunden einklagen durfte, ¹² gab es schon früh einen aufrechnungsähnlichen ¹³ Sonderfall beim Konkurs eines Schuldners: Wollte der Ersteher einer Konkursmasse (bonorum emptor ¹⁴) zu der Konkursmasse gehörende Forderungen gegen Dritte geltend machen, musste er deren gegen die Konkursmasse gerichteten Forderungen vollständig mit den Forderungen aus der Konkursmasse verrechnen (cum deductione). ¹⁵

Auch bei Untersuchung der englischen Rechtsentwicklung¹⁶ fällt beim Stichwort Aufrechnung auf, dass sie zunächst außerhalb der equity-Rechtsprechung¹⁷ durch ein temporäres Gesetz aus dem Jahre 1705¹⁸ im Konkursrecht gesetzlich verankert wurde,¹⁹ bevor die so genannten "Statutes of Set-off" von 1729 und 1735²⁰ den Durchbruch zur allgemeinen Anerkennung der Aufrechnung brachten.²¹ Damit kann die Konkursaufrechnung in England als Wegbereiter für die allgemeine Anerkennung der Aufrechnung angesehen werden.²²

Diese Parallelität bei der Herausbildung²³ des Rechtsinstituts der Aufrechnung im römischen und englischen Recht überrascht nicht, wenn man sich vor Augen führt, dass auch in England lange Zeit gerichtlicher Rechtsschutz nur dann zu erlangen war, wenn dem Kläger eine bestimmte Klageformel – ein so genannter writ – zur Verfügung stand; damit ähnelte das mittelalterliche Common Law oftmals dem römischen Recht.²⁴

¹² Vgl. zu diesem Sonderfall ausführlich *Honsell/Mayer-Maly/Selb*, S. 273; *Leonhard*, S. 56 ff.; *Kannengieβer*, S. 4.

¹³ Zu den Unterschieden zum heutigen Recht *Berger*, S. 60.

¹⁴ Zur römischen Vermögensvollstreckung und zum bonorum emptor Kaser, Lehrbuch, § 85 II. 2. b) (S. 379); Baur/Stürner, RdNr. 3.2; Appleton, S. 157 ff.

¹⁵ Kaser I, S. 645; Enneccerus-Lehmann, § 69 II., S. 277; Zimmermann, FS Medicus, S. 712; Berger, S. 60; Leonhard, S. 58 ff.

¹⁶ Ausführlich zur Geschichte des set-off in England *Goode*, S. 133 ff.; *Wood*, Set-off, RdNr. 2-6 ff.

¹⁷ Zum Begriff und zur Entwicklung der equity-Rechtsprechung Zweigert/Kötz, § 14 III, S. 184 ff.

¹⁸ Abgedruckt bei *Derham*, S. 163.

¹⁹ Goode, S. 134; Wood, Set-off, RdNr. 1-31; Kegel, Probleme der Aufrechnung, S. 12; Haudek, S. 58; Eujen, S. 87; Zimmermann, FS Medicus., S. 726 bei Fn. 121. Ausführlich zur Geschichte des insolvency set-off im englischen Recht Derham, S. 158 ff.

²⁰ Ausführlich dazu (mit Abdruck des Statute von 1729) *Derham*, S. 9 f.; *Wood*, Setoff, RdNr. 2-6 ff.

²¹ Mason in Halsbury's Laws Bd. 42, Nr. 420; Kannengieβer, S. 59; Zimmermann, FS Medicus., S. 713.

²² Zimmermann, FS Medicus, S. 716; Goode, S. 134 f.; s. auch Heinrich, SZW 62 (1990) 266 270

²³ Die Parallelität bezieht sich nicht auch auf die Ausgestaltung der Aufrechnung, die sich in beiden Rechten deutlich unterscheidet (in England wirkt die Aufrechnung ex nunc, im römischen Recht wirkte sie indes ex tunc). Dazu *Wood*, Set-off, RdNr. 24-12.

²⁴ Zweigert/Kötz, § 14 II, S. 183; Wood, Set-off, RdNr. 2-19 f. S. auch Wolf, S. 10.

4 Einleitung

Grund für diese Relevanz der Insolvenzaufrechnung bei der Entwicklung einer "allgemeinen" Aufrechnung mag nicht zuletzt die Schutz- bzw. Sicherungsfunktion der Aufrechnung gewesen sein. Sie bewahrt jede Partei vor dem Risiko der Zahlungsunfähigkeit der Gegenseite und kann gerade im Falle der Insolvenz – ihre Zulässigkeit vorausgesetzt – wie ein Vorzugs- oder Absonderungsrecht wirken, da der Gläubiger des Gemeinschuldners nach vollzogener Aufrechnung im Saldo so dasteht, als ob der Schuldner vollständig erfüllt hätte. *Hanisch* spricht deshalb von der Insolvenzaufrechnung als Gewährung einer "Vorzugsbefriedigung ersten Ranges". ²⁵

B. GANG DER UNTERSUCHUNG

Die Arbeit besteht aus fünf Teilen. Als Grundlage und "Argumentationsreservoir" für die Lösung der in den folgenden Teilen zu behandelnden Problemstellungen steht an ihrem Anfang als vor die Klammer gezogener allgemeiner Teil eine Auseinandersetzung mit Ursprung und Funktionen der Aufrechnung.

Zunächst wird untersucht, inwiefern die Aufrechnungsregelungen ihre dogmatischen Wurzeln in Billigkeitsgedanken haben. Dabei wird auch auf das Verhältnis von Aufrechnung und Arglisteinrede ("dolo agit, qui petit, quod [statim] redditurus est") einzugehen sein. Danach werden die verschiedenen Funktionen der Aufrechnung dargestellt. Hierbei orientiert sich die Darstellungsweise – wie in der gesamten Arbeit – nicht an einzelnen Rechtsordnungen, sondern es werden, ausgehend vom deutschen Recht, bestimmte Typisierungen herausgearbeitet.

Bevor auf die Aufrechnungsproblematik im Zusammenhang mit dem Insolvenzrecht eingegangen werden kann, müssen als Grundlage für diese Betrachtung auch die materiellrechtlichen Ausgestaltungen der "normalen" Aufrechnungsregeln in Europa²⁶ angesprochen werden (Zweiter Teil). Hierbei werden Vollzugsformen (Erklärungs-, Legal- und gerichtliche Aufrechnung), Wirkungen und Voraussetzungen der Aufrechnung dargestellt.

Im Anschluss wird in einem dritten Teil die Berechtigung einer Aufrechnungsmöglichkeit auch noch nach Eröffnung eines Insolvenzverfah-

²⁵ Hanisch, FS Jahr, S. 465.

²⁶ Untersucht werden ausführlich das deutsche, französische, englische, österreichische und schweizerische Recht. Darüber hinaus finden Beachtung das italienische, spanische, belgische, luxemburgische, niederländische, dänische, schwedische, polnische, tschechische, kroatische, griechische und schottische Recht sowie die Principles of European contract law.

rens hinterfragt; ferner wird auf die besonderen Aufgaben der Insolvenzaufrechnung eingegangen.

Daran schließt sich eine Betrachtung der nationalen Regelungen zur Konkursaufrechnung in Europa an (Vierter Teil), die sich aufgrund zahlreicher Reformen²⁷ gerade in den letzten Jahren geändert haben. Hierbei soll wiederum nicht von einzelnen Rechtsordnungen ausgegangen werden, vielmehr erfolgt eine typisierte Darstellung. Allerdings lässt sich diese Art der Darstellung im Hinblick auf das englische Recht nicht ständig durchhalten, da dieses ob seiner mannigfaltigen Besonderheiten nicht immer mit Gewinn zusammen mit den kontinentaleuropäischen Rechtsordnungen darzustellen ist.

Notwendig sind diese Betrachtungen in den Teilen 1–4 zum einen deshalb, weil die Regeln der Insolvenzaufrechnung zum Teil auf denen der "normalen" Aufrechnung basieren. Zum anderen setzt die Erörterung der insolvenzkollisionsrechtlichen Regelungen des Art. 6 Abs. 1 EuInsVO und auch des § 338 InsO einen Überblick über die materielle Rechtslage in Europa voraus. Wichtig wird die Kenntnis des materiellen Rechts in Europa insbesondere für die Einschätzung, wann diese insolvenzkollisionsrechtlichen Normen überhaupt greifen können.

Der fünfte Teil behandelt – aus deutscher Perspektive – die Aufrechnung bei grenzüberschreitenden Insolvenzfällen. Begonnen wird mit einer Betrachtung des "gewöhnlichen" Aufrechnungsstatuts in Deutschland, also der kollisionsrechtlichen Regelung, mit der in Fällen außerhalb der Insolvenz das anwendbare Sachrecht ermittelt wird. Um eine inzidente Prüfung im Rahmen der Erörterung des Art. 6 Abs. 1 EuInsVO bzw. des Art. 4 Abs. 1 EuInsVO und der entsprechenden Normen in der deutschen Insolvenzordnung zu vermeiden, soll diese Problematik vor den internationalinsolvenzrechtlichen Fragestellungen behandelt werden.

Die Frage, wie dieses "gewöhnliche" Aufrechnungsstatut bestimmt wird, also welches materielle Recht über Voraussetzungen und Wirkung der Aufrechnung bestimmt, wird bei der Behandlung von internationalen Insolvenzfällen vor allem in einer Konstellation wichtig: Es geht um den Fall, dass sich der (solvente) Gläubiger/Schuldner gegenüber dem Insolvenzverwalter auf die Aufrechnung beruft, diese aber nach dem Recht des Staates, in dem das Verfahren eröffnet wurde (Art. 4 Abs. 1 EuInsVO und § 335 InsO) – also nach der lex fori concursus – nicht zulässig ist. In diesen Situationen kann nämlich Art. 6 Abs. 1 EuInsVO bzw. § 338 InsO dem

²⁷ Zu denken ist z.B. die Einführung der Insolvenzordnung in Deutschland 1999, der neuen section 323 Insolvency Act 1986 und rule 4.90 Insolvency Rules in England 1986 und in Frankreich der neuen Loi n° 85-98 von 1985 und Loi 94-475 von 1994, die nun infolge der Ordonnance 2000-912 vom 18. September 2000 in den Code de Commerce eingegliedert wurden als L.620-1 ff.

solventen Gläubiger/Schuldner doch noch die Aufrechnungsmöglichkeit eröffnen, wenn das Recht der Passivforderung – also der Forderung des Insolvenzschuldners – eine Insolvenzaufrechnung im konkreten Fall zulassen würde. Dabei ist zu hinterfragen, wodurch sich diese den Insolvenzgläubiger stark begünstigenden Normen rechtfertigen. Eine Berechtigung könnte darin zu finden sein, dass eine Konstanz in der Rechtsanwendung geschaffen werden soll, indem das "gewöhnliche" Aufrechnungsstatut, also das vor der Insolvenz über die Aufrechnung bestimmende Recht, unter gewissen Umständen auch noch im Insolvenzfall gelten soll. Des Weiteren wird teilweise vertreten, dass lediglich die Frage nach der insolvenzrechtlichen Zulässigkeit der Aufrechnung von der lex fori concursus beantwortet wird, während das "gewöhnliche" Aufrechnungsstatut auch im Insolvenzfall über ihre materielle Wirksamkeit bestimmt.

Im Anschluss an die das "gewöhnliche" Aufrechnungsstatut behandelnden Fragen wird die Problematik von Aufrechnungen im Rahmen internationaler Insolvenzfälle behandelt. Dabei ist zunächst die neue europäische Rechtslage zu untersuchen, die Ausdruck in der EuInsVO vom 29. Mai 2000 gefunden hat. Anschließend wird auf das neue autonome deutsche Internationale Insolvenzrecht eingegangen.

Am Anfang der Erörterung des europäischen Rechts steht ein kurzer Blick auf die Entstehungsgeschichte der EuInsVO und auf allgemeine Fragen. Im Anschluss wird erläutert, welches Recht grundsätzlich nach der EuInsVO auf Insolvenzaufrechnungen anwendbar ist. Dabei fällt zunächst auf, dass gemäß Art. 4 Abs. 2 S. 2 lit. d) i.V.m. Abs. 1 EuInsVO die Voraussetzungen für die Wirksamkeit einer Aufrechnung grundsätzlich von der lex fori concursus (dem Recht des Staates, in dem das Verfahren eröffnet wurde) bestimmt werden. Allerdings ist umstritten, ob es sich hierbei lediglich um die konkursrechtlichen oder auch um die materiellrechtlichen Voraussetzungen der Aufrechnung handelt.

Neben Art. 4 Abs. 2 S. 2 lit. d) ist auch Art. 6 EuInsVO zu beachten, der in Umsetzung des Erwägungsgrundes Nr. 26 zur Verordnung in seinem Absatz 1 dem Gläubiger ermöglicht, sich auf das Recht zu berufen, dem die Forderung des insolventen Schuldners zuvor unterstand, wenn die Aufrechnung nach der lex fori concursus unzulässig ist. Neben der Klärung der kollisionsrechtlichen Aussage des Art. 6 EuInsVO wird auch unter Berücksichtigung der im vierten Teil gewonnenen Erkenntnisse auf dessen praktische Relevanz eingegangen.

Angelehnt an diesen Darstellungsverlauf wird die autonome Rechtslage in Deutschland erörtert. Zunächst ist der Frage des dem deutschen autonomen Internationalen Insolvenzrecht nach dem Inkrafttreten der EuInsVO verbleibenden Anwendungsbereichs nachzugehen. Dem folgt eine kurze Darstellung der die internationale Insolvenzaufrechnung betreffenden al-

ten, d.h. vor Inkrafttreten des Elften Teils der Insolvenzordnung geltenden Rechtslage in Deutschland. Auszugehen ist dabei von der Entscheidung des Bundesgerichtshofes vom 11. Juli 1985, ²⁸ in der das Gericht die Anerkennung von Auslandskonkursen im Inland zuließ und – als erstem Anwendungsfall der neuen Grundsätze – sich mit der Frage zu befassen hatte, welchem Recht die Insolvenzaufrechnung bei einer Konkurseröffnung im Ausland unterliegt. Daran anschließend werden die neuen §§ 335, 338 InsO erörtert.

Nicht behandelt wird in dieser Untersuchung die in Europa allgemein anerkannte Möglichkeit, eine Aufrechnung durch einen Vertrag zwischen den Parteien herbeizuführen, und deren Schicksal in der Insolvenz.²⁹

²⁸ BGHZ 95, 256

 $^{^{29}}$ Ausführlich zum Aufrechnungsvertrag im deutschen Recht Berger, Der Aufrechnungsvertrag.

ERSTES KAPITEL

URSPRUNG UND FUNKTIONEN DER AUF-RECHNUNG

Bevor auf spezielle Probleme der Aufrechnung eingegangen werden kann, ist die Frage nach dem dogmatischen Ursprung und den Funktionen der Aufrechnung zu stellen. Das hier gefundene Ergebnis ist nicht nur theoretisch interessant, sondern wird vor allem in den folgenden Teilen als Auslegungshilfe relevant. Auch sind die Funktionen der Aufrechnung im Blick zu behalten, wenn es um die Bewertung von ungeschriebenen Rechtsregeln geht. So ist die Bestimmung des Aufrechnungsstatuts immer noch nicht unumstritten, zumal auch das EVÜ nicht zu einer eindeutigen Lösung der Aufrechnungsproblematik im Internationalen Privatrecht geführt hat; bei Erörterung dieser Frage wird dann beispielsweise auf die Funktionen der Aufrechnung zurückzukommen sein.

A. DOGMATISCHER URSPRUNG DER AUFRECHNUNG

Bei der Suche nach den dogmatischen Wurzeln der Aufrechnung ist der Blick auf Billigkeits- und Vertrauensgesichtspunkte zu richten.

I. Billigkeit

Die dogmatische Grundidee, die hinter der Aufrechnung steht, kann in der Arglisteinrede (dolo agit, qui petit quod [statim³⁰] redditurus est) und damit letztlich in der Billigkeit gesehen werden.³¹ Dieser Grundsatz des rö-

³⁰ Das Erfordernis des "statim" ist aus römischrechtlichen Quellen nicht überliefert, sondern wurde von der deutschen Zivilrechtsdogmatik zur Vermeidung von Missverständnissen eingefügt; *Staudinger*¹³/*J. Schmidt* (1995), § 242 RdNr. 755; *Wacke*, JA 1982, 477, 478.

³¹ RGZ 42, 138, 141; Berger, S. 61 f.; Göpfert, S. 37; MünchKommBGB/Schlüter, Bd. 2a, § 387 RdNr. 1; Zimmermann, FS Medicus, S. 715 f.; Ebert, S. 9; Kegel, Probleme der Aufrechnung, S. 58 und 66; ders., JZ 1951, 385, 408 f.; Kaser I, S. 646 f. bei Fn. 28; Kohler, ZZP 20 (1894), 1, 11 (,jus aequum"); RGZ 42, 138, 141: "Allein schon das Gegenübertreten von Forderung und Gegenforderung ist eine Thatsache, die vom positiven

mischen Rechts wurde von dem spätklassischen Juristen *Julius Paulus* um 200 n. Chr. aufgestellt.³² Danach verhält sich arglistig, wer etwas verlangt, was er sofort wieder zurückgeben müsste. Die grundlegende Bedeutung des dolo petit-Einwandes bei der Bestimmung des dogmatischen Ursprungs der Aufrechnung zeigt sich insbesondere darin, dass die Arglisteinrede (exceptio doli) das Instrument war, mit der sich zuerst eine Art allgemeiner Aufrechnung bei zwei sich gegenüberstehenden, voneinander unabhängigen³³ Forderungen in den strengrechtlichen Klagen des römischen Rechts durchsetzen ließ.³⁴ Denn aufgrund der Besonderheiten des römischen strengrechtlichen Prozesses war grundsätzlich zunächst im römischen Recht keinerlei Aufrechnung mit Aktivforderungen des Schuldners möglich, sofern es nicht ausnahmsweise eine Klageformel gab, die eine Berücksichtigung der Aktivforderungen des Beklagten zuließ.³⁵

Wenn man die ursprüngliche römische Rechtslage zugrunde legt, also von einer Situation ausgeht, in der keinerlei Möglichkeit einer Aufrechnung besteht, dann gestaltete sich die rechtliche Auflösung einer Aufrechnungslage folgendermaßen: Der eine Gläubiger/Schuldner (entspricht dem Aufrechnungsgegner) könnte vom anderen (entspricht dem Aufrechnenden) die Begleichung einer Schuld fordern, ohne selbst seine Schuld zu bezahlen. Mit seinem Nichtleisten würde er diesem genau das wirtschaftliche Kapital verwehren, mit dem dieser seinerseits die eingeforderte Schuld begleichen könnte. Im Endeffekt würde der fordernde Gläubiger/Schuldner also etwas verlangen, was er aufgrund seiner eigenen Verbindlichkeit gegenüber der anderen Partei dieser sofort (die Aufrechnungslage setzt grundsätzlich in allen Rechtsordnungen, die eine Aufrechnung kennen, voraus, dass zumindest die Aktivforderung – also hier die Verbindlichkeit des anderen, nicht fordernden Gläubiger/Schuldners – fällig und durchsetzbar sein muss³⁷) wieder zurückzuzahlen hätte. Ein solches Verhalten

Rechte berücksichtigt werden muß, da die Erzwingung einer Leistung, die sofort zurückgegeben werden müßte, ein offenbarer Mißbrauch sein würde, während die Ausgleichung des Rechnungsverhältnisses durch Aufrechnung dem beiderseitigen Interesse entspricht." Vgl. auch BGHZ 2, 300, 303 und 305 f.; *Brinz*, S. 79; *Dernburg*, S. 175 ff. Ablehnend und allein auf Zweckmäßigkeitserwägungen abstellend *Ulmer*, S. 68.

³² Paulus D. 44, 4, 8 pr. = Dig. 50, 17, 173, 3; Wacke, JA 1982, 477.

³³ Bei konnexen Forderungen konnte der Richter schon lange die Aktivforderung (also die prozessuale Gegenforderung) abziehen (bonae fidei iudicia). Dazu *Kaser* I, S. 644 f.

³⁴ Staudinger¹³/Gursky (2000), Vorbem zu §§ 387 ff. RdNr. 4; Wacke, JA 1982, 477; Honsell/Mayer-Maly/Selb, S. 275; Eujen, S. 21; Enneccerus-Lehmann, § 69 II., S. 277. Vgl. zu den Grenzen, mittels einer exceptio doli das Ergebnis einer Aufrechnung zu erreichen Kaser I, S. 646.

³⁵ Berger, S. 59; Staudinger¹³/Gursky (2000), Vorbem zu §§ 387 ff. RdNr. 3; Dullinger, S. 148; s. dazu schon oben Einleitung, A., S. 2 f.

³⁶ Berger, S. 62.

³⁷ Vgl. Zimmermann, FS Medicus, S. 731, insb. Fn. 150.

SACHREGISTER

abgetretene Forderung 67, 69, 164 Erfüllbarkeit 83 f., 102, 171 Abtretung 16 f., 29 f., 39, 41, 59, 62 f., Erfüllungsäquivalenz 139 f. 65 ff., 99 ff., 106 f., 156, 163 f., 169, Erfüllungsfunktion 210, 217 180, 184, 191 f., 212 f., 223, 285, Erfüllungsort 79 286 Erfüllungsverweigerung 185 Alternativanknüpfung 206 ff., 217 Erfüllungswahl durch den Arglisteinrede 4, 9, 11 f., 285 Insolvenzverwalter 159, 160 Art der Verweisung 279 Erklärungsaufrechnung 16 f., 35 ff., Aufrechnung als Kreditsicherungsmittel 45 ff., 56 f., 62 f., 66, 68, 81, 84 f., 199 90, 101 ff., 133, 198, 204, 208 f., Aufrechnungsausschluss 77 f., 94, 146, 211, 219, 247, 249 f., 261 f., 285 f. 188 Ersetzungsbefugnis 74, 80 f. Aufrechnungserleichterung 171 ex nunc-Wirkung 3, 17, 22, 29, 35, Aufrechnungserweiterung 175 ff., 258 37 ff., 43, 45 f., 50, 52 f., 56, 61 ff, Aufrechnungsfreundlichkeit 210, 217 f. 68, 70, 84, 101, 103, 105, 107, 206, Aufrechnungsverbot 20, 30, 78, 93 ff., 208, 285 125, 132, 140, 154, 163, 188, 191, ex tunc-Wirkung 3, 15, 29, 36, 39, 198, 240, 253, 263 45 ff., 53, 55 f., 61 f., 80, 103, 133, Aufrechnungsverzicht 51, 100 206, 208, 247 Auslandsvermögen 227, 271 f. Fälligkeit 16, 18, 30, 47, 57, 63, 82 ff., Bedingung 166, 169 f., 182 101 f., 110, 146, 156, 165, 167, 175, Befriedigungsfunktion 23, 27, 31, 48, 180, 181, 194, 199, 225, 243, 262 61, 76, 102, 117, 130, 136 ff., 210, Forderungspfandrechte 212 212 ff., 220, 285 f. Forderungspfandrechtsstatut 213 ff. Billigkeit 9, 12, 14, 121, 127 Fremdwährung 73, 75, 77 ff., 101, 170, Bürge 106 175, 177 f. CISG 220, 223 Fremdwährungsforderung 74, 77, 81 f., Compensation judiciaire 44 177 Counterclaim 43, 226 Garantiefunktion 256 dolo agit 4, 9, 11 Gattungsschulden 72 Drittstaaten 234, 236 f., 268, 271 Gegenseitigkeit 18, 63 f., 99, 146, Durchsetzbarkeit 16, 18, 30, 63, 83 f., 178 f., 187, 196, 225, 240, 243, 273 86, 101 f., 107, 110, 146, 167, 175, Gerichtsstandsvereinbarung 94 194, 243 Gesamtschuldner 66 Entstehensreihenfolge der Gläubigerbenachteiligung 260 wechselseitigen Forderungen 204

Gleichartigkeit 12 f., 18, 63, 72 ff., 98, 101, 128, 146, 167, 169, 175 ff., 194, 225 f., 240, 243, 285 Gleichbehandlung 117, 119, 121, 125, 266, 272 Gleichbehandlungsgrundsatz 133, 140, 153, 162, 186, 254, 265 f. Gleichlauf 29, 140, 153, 213 ff., 222, 224, 238, 244, 255, 282 Hauptinsolvenzverfahren 232, 235 f., 254, 259, 269, 272, 275 Insolvency set-off 137, 178 ff. Insolvenzanfechtung 149, 259 Konnexität 92, 95, 128 f., 133, 173 f., 195 ff., 200 Kumulation der Forderungsstatute 205 Legalaufrechnung 17, 36 ff., 40, 44, 48 ff., 86 f., 91, 93, 102, 108, 129, 139, 147 f., 154 ff., 174, 199, 206 ff., 211, 219, 226, 249, 250, 252, 262 lex fori 2, 5 f., 203, 216 f., 224 ff., 232, 238 ff., 243 ff., 275 ff. Liquidität 32, 44 f., 64, 88 ff., 98, 108 f., 146 f., 171, 183, 199, 207, 226, 285 Masseforderungen 113, 162, 187, 196 Mieter 160 Objektive Anknüpfung 202 par conditio creditorum 60, 112, 116 ff., 125, 129, 133, 145, 162, 173, 188, 254, 263, 265, 272 Partikularinsolvenzverfahren 232, 254 Pfandrecht 28, 32, 105 f., 121, 136, 139, 153, 212 f., 244 Pfandrecht an eigener Schuld 28 Prozessaufrechnung 17, 26, 42, 44 f., 82, 190, 206, 211 Prozessökonomie 32 f., 48, 61, 63, 93, 206, 210, 216 f. Recht auf abgesonderte Befriedigung 136, 138 f.

Rechtliche Grundlage für die EuInsVO 230 Rechtswahl 221 ff. Regressforderungen 166 Reichweite der lex fori concursus 240 f., 245 Römisches Recht 2 f. Rückverweisung kraft abweichender prozessualer Qualifikation 224 Rückwirkung 36 f., 45, 54, 56 ff., 85, 138, 250 f., 262 Schiedsgericht 94 Sekundärinsolvenzverfahren 232, 236, 255, 267, 275 Set-off 3, 11, 14, 19, 24, 26 ff., 30, 31, 33 f., 39 ff., 47, 52, 63, 70 ff., 82 ff., 88, 91 f., 94 f., 98 f., 111, 114, 118, 121 f., 127, 135 ff., 142, 144, 163, 170 f., 177 ff., 190, 203, 215, 224, Sicherungsfunktion 4, 22 f., 27, 30, 60, 63, 76, 101, 105 f., 119 ff., 126, 132 f., 136 f., 147, 158 f., 189, 194, 206, 264, 283, 285, 286 Sicherungszession 164 Statut der Aktivforderung 207 f. Statut der Passivforderung 207, 209, 216 ff., 224, 245, 259 Statutenwechsel 216, 245, 248 ff., 254, 260, 262 Stundung 86 subjektive Anknüpfung 221 ff., 286 Synallagma 127 ff., 168, 194 Territorialitätsprinzip 227 f., 268, 271, 273 Tilgungsfunktion 21 f., 24, 26 f., 63, 72, 125, 134, 139, 140, 210, 212 Treu und Glauben 11 f., 54, 129, 212 Universalitätsprinzip 227 f., 232, 271, 274 f. UN-Kaufrecht 220, 223

Unterhaltsansprüche 96, 110

Unterhaltsforderungen 95 Verbot des double proof 182 Vereinfachung der Rechtsbeziehungen 18, 140, 210 Verfahrensgrundsätze der EuInsVO

Verfahrensgrundsätze der EuInsVO 231

Verjährung 15, 47, 53, 56, 59, 84, 87 f., 103 ff., 124, 207

Verteilung 60, 114 f., 119, 126, 131, 137, 238

Vertrauensschutz 15, 17 f., 53, 55, 58 f., 101, 106, 119 f., 122 f., 126, 147, 158 f., 214, 251, 258, 264, 266, 283, 286

Vertrauensschutzregelung 209, 252, 255, 280

Verwertung 114, 116, 131, 134 f., 139, 213

Virgos/Schmit-Bericht 242 f., 278 Vollzug 12, 17 f., 34 f., 41, 45, 48, 55, 86, 142 ff., 190, 199, 206, 208, 225 f., 285

Voraussehbarkeit des anwendbaren Rechts 218 f.

Widerklage 43 f., 109, 226

Wohn- bzw. Geschäftssitz des Aufrechnenden 203, 212

Zurückbehaltungsrecht 28, 32, 85, 129, 194 f.

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

Alphabetische Übersicht

Adam, Wolfgang: Internationaler Versorgungsausgleich. 1985. Band 13.

Ady, Johannes: Ersatzansprüche wegen immaterieller Einbußen. 2004. Band 136.

Ahrendt, Achim: Der Zuständigkeitsstreit im Schiedsverfahren. 1996. Band 48.

Amelung, Ulrich: Der Schutz der Privatheit im Zivilrecht. 2002. Band 97.

Anderegg, Kirsten: Ausländische Eingriffsnormen im internationalen Vertragsrecht. 1989. Band 21.

Bartels, Hans-Joachim: Methode und Gegenstand intersystemarer Rechtsvergleichung. 1982. Band 7.

Bartnik, Marcel: Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht. 2004. Band 128.

Basedow, Jürgen / Wurmnest, Wolfgang: Die Dritthaftung von Klassifikationsgesellschaften. 2004. Band 132.

Basedow, Jürgen (Hrsg.): Europäische Verkehrspolitik. 1987. Band 16.

Baum, Harald: Alternativanknüpfungen. 1985. Band 14.

Behrens, Peter: siehe Hahn, H.

Böhmer, Martin: Das deutsche internationale Privatrecht des timesharing. 1993. Band 36.

Boelck, Stefanie: Reformüberlegungen zum Haager Minderjährigenschutzabkommen von 1961. 1994. Band 41.

Brand, Oliver: Das internationale Zinsrecht Englands. 2002. Band 98.

Brockmeier, Dirk: Punitive damages, multiple damages und deutscher ordre public. 1999. Band 70.

Brückner, Bettina: Unterhaltsregreß im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1994. Band 37.

Buchner, Benedikt: Kläger- und Beklagtenschutz im Recht der internationalen Zuständigkeit. 1998. Band 60.

Busse, Daniel: Internationales Bereicherungsrecht. 1998. Band 66.

Dilger, Jörg: Die Regelungen zur internationalen Zuständigkeit in Ehesachen in der Verordnung (EG) Nr. 2201/2003. 2004. Band 116.

Döse-Digenopoulos, Annegret: Der arbeitsrechtliche Kündigungsschutz in England. 1982. Band 6.

Dohrn, Heike: Die Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaft im Internationalen Privatrecht. 2004. Band 133.

Dopffel, Peter (Hrsg.): Ehelichkeitsanfechtung durch das Kind. 1990. Band 23.

- (Hrsg.): Kindschaftsrecht im Wandel. 1994. Band 40.

 –, Ulrich Drobnig und Kurt Siehr (Hrsg.): Reform des deutschen internationalen Privatrechts. 1980. Band 2.

Dornblüth, Susanne: Die europäische Regelung der Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von Ehe- und Kindschaftsentscheidungen. 2003. Band 107.

Drappatz, Thomas: Die Überführung des internationalen Zivilverfahrensrechts in eine Gemeinschaftskompetenz nach Art. 65 EGV. 2002. Band 95.

Drobnig, Ulrich: siehe Dopffel, Peter.

Eichholz, Stephanie: Die US-amerikanische Class Action und ihre deutschen Funktionsäquivalente. 2002. Band 90.

Eisele, Ursula S.: Holdinggesellschaften in Japan. 2004. Band 121.

Eisenhauer, Martin: Moderne Entwicklungen im englischen Grundstücksrecht. 1997. Band 59.

Eschbach, Sigrid: Die nichteheliche Kindschaft im IPR – Geltendes Recht und Reform, 1997. Band 56.

Faust, Florian: Die Vorhersehbarkeit des Schadens gemäß Art. 74 Satz 2 UN-Kaufrecht (CISG), 1996. Band 50.

Fenge, Anja: Selbstbestimmung im Alter. 2002. Band 88.

Fetsch, Johannes: Eingriffsnormen und EG-Vertrag. 2002. Band 91.

Fischer-Zernin, Cornelius: Der Rechtsangleichungserfolg der Ersten gesellschaftsrechtlichen Richtlinie der EWG. 1986. Band 15.

Förster, Christian: Die Dimension des Unternehmens. 2003. Band 101.

Forkert, Meinhard: Eingetragene Lebenspartnerschaften im deutschen IPR: Art. 17b EGBGB. 2003. Band 118.

Freitag, Robert: Der Einfluß des Europäischen Gemeinschaftsrechts auf das Internationale Produkthaftungsrecht. 2000. Band 83.

Fricke, Martin: Die autonome Anerkennungszuständigkeitsregel im deutschen Recht des 19. Jahrhunderts. 1993. Band 32.

Fricke, Verena: Der Unterlassungsanspruch gegen Presseunternehmen zum Schutze des Persönlichkeitsrechts im internationalen Privatrecht. 2003. Band 110.

Fröschle, Tobias: Die Entwicklung der gesetzlichen Rechte des überlebenden Ehegatten. 1996. Band 49.

Fromholzer, Ferdinand: Consideration. 1997. Band 57.

Ganssauge, Niklas: Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht bei Verbraucherverträgen im Internet. 2004. Band 126.

Godl, Gabriele: Notarhaftung im Vergleich. Band 85.

Gottwald, Walther: Streitbeilegung ohne Urteil. 1981. Band 5.

Graf, Ulrike: Die Anerkennung ausländischer Insolvenzentscheidungen. 2003. Band 113.

Grigera Naón, Horacio A.: Choice of Law Problems in International Commercial Arbitration. 1992. Band 28.

Grolimund, Pascal: Drittstaatenproblematik des europäischen Zivilverfahrensrechts. 2000. Band 80.

Hahn, H. u.a.: Die Wertsicherung der Young-Anleihe. Hrsg. von Peter Behrens. 1984. Band 10.

Handorn, Boris: Das Sonderkollisionsrecht der deutschen internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. 2005. Band 141.

Hartenstein, Olaf: Die Privatautonomie im Internationalen Privatrecht als Störung des europäischen Entscheidungseinklangs. 2000. Band 81.

Hein, Jan von: Das Günstigkeitsprinzip im Internationalen Deliktsrecht. 1999. Band 69.

Hellmich, Stefanie: Kreditsicherungsrechte in der spanischen Mehrrechtsordnung. 2000. Band 84.

Hellwege, Phillip: Die Rückabwicklung gegenseitiger Verträge als einheitliches Problem. 2004. Band 130.

Hinden, Michael von: Persönlichkeitsverletzungen im Internet. 1999. Band 74. Hinnel. Thomas von: Der Ombudsmann im Bank- und Versichungswesen. 2000

Hippel, Thomas von: Der Ombudsmann im Bank- und Versichungswesen. 2000. Band 78.

Janssen, Helmut: Die Übertragung von Rechtsvorstellungen auf fremde Kulturen am Beispiel des englischen Kolonialrechts. 2000. Band 79.

Jeremias, Christoph: Internationale Insolvenzaufrechnung. 2005. Band 150.

Jung, Holger: Ägytisches internationales Vertragsrecht. 1999. Band 77.

Junge, Ulf: Staatshaftung in Argentinien. 2002. Band 100.

Kadner, Daniel: Das internationale Privatrecht von Ecuador. 1999. Band 76.

- Kannengieβer, Matthias N.: Die Aufrechnung im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1998. Band 63.
- Kapnopoulou, Elissavet N.: Das Recht der mißbräuchlichen Klauseln in der Europäischen Union. 1997. Band 53.
- Karl, Anna-Maria: Die Anerkennung von Entscheidungen in Spanien. 1993. Band 33. Karl, Matthias: siehe Veelken, Winfried.
- Kern, Christoph: Die Sicherheit gedeckter Wertpapiere. 2004. Band 135.
- Kircher, Wolfgang: Die Voraussetzungen der Sachmängelhaftung beim Warenkauf. 1998. Band 65.
- Klauer, Stefan: Das europäische Kollisionsrecht der Verbraucherverträge zwischen Römer EVÜ und EG-Richtlinien. 2002. Band 99.
- Kleinschmidt, Jens: Der Verzicht im Schuldrecht. 2004. Band 117.
- Kliesow, Olaf: Aktionärsrechte und Aktionärsklagen in Japan. 2001. Band 87.
- Köhler, Martin: Die Haftung nach UN-Kaufrecht im Spannungsverhältnis zwischen Vertrag und Delikt. 2003. Band 111.
- Koerner, Dörthe: Fakultatives Kollisionsrecht in Frankreich und Deutschland. 1995. Band 44.
- Kopp, Beate: Probleme der Nachlaßabwicklung bei kollisionsrechtlicher Nachlaßspaltung. 1997. Band 55.
- Kronke, Herbert: Rechtstatsachen, kollisionsrechtliche Methodenentfaltung und Arbeitnehmerschutz im internationalen Arbeitsrecht. 1980. Band 1.
- Landfermann, Hans-Georg: Gesetzliche Sicherungen des vorleistenden Verkäufers. 1987. Band 18.
- Leicht, Steffen: Die Qualifikation der Haftung von Angehörigen rechts- und wirtschaftsberatender Berufe im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr. 2002. Band 82.
- Linhart, Karin: Internationales Einheitsrecht und einheitliche Auslegung. 2005. Band 147.
- Linker, Anja Celina: Zur Neubestimmung der Ordnungsaufgaben im Erbrecht in rechtsvergleichender Sicht. 1999. Band 75.
- Lohmann, Arnd: Parteiautonomie und UN-Kaufrecht. 2004. Band 119.
- Lorenz, Verena: Annexverfahren bei Internationalen Insolvenzen. 2005. Band 140.
- Lüke, Stephan: Punitive Damages in der Schiedsgerichtsbarkeit. 2003. Band 105.
- Meier, Sonja: Irrtum und Zweckverfehlung. 1999. Band 68.
- Melin, Patrick: Gesetzesauslegung in den ŪSA und in Deutschland. 2004. Band 137.
- Minuth, Klaus: Besitzfunktionen beim gutgläubigen Mobiliarerwerb im deutschen und französischen Recht. 1990. Band 24.
- Mistelis, Loukas A.: Charakterisierungen und Qualifikation im internationalen Privatrecht. 1999. Band 73.
- Mörsdorf-Schulte, Juliana: Funktion und Dogmatik US-amerikanischer punitive damages. 1999. Band 67.
- Morawitz, Gabriele: Das internationale Wechselrecht. 1991. Band 27.
- Müller, Achim: Grenzüberschreitende Beweisaufnahme im Europäischen Justizraum. 2004. Band 125.
- Nemec, Jirí: Ausländische Direktinvestitionen in der Tschechischen Republik. 1997. Band 54.
- Neumann, Nils: Bedenkzeit vor und nach Vertragsabschluß. 2005. Band 142.
- Neunhoeffer, Friederike: Das Presseprivileg im Datenschutzrecht. 2005. Band 146.
- Niklas, Isabella Maria: Die europäische Zuständigkeitsordnung in Ehe- und Kindschaftsverfahren. 2003. Band 106.
- Pattloch, Thomas: Das IPR des geistigen Eigentums in der VR China. 2003. Band 103.

- Peinze, Alexander: Internationales Urheberrecht in Deutschland und England. 2002. Band 92.
- Pfeil-Kammerer, Christa: Deutsch-amerikanischer Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen. 1987. Band 17.
- Plett, K. und K.A. Ziegert (Hrsg.) Empirische Rechtsforschung zwischen Wissenschaft und Politik. 1984. Band 11.
- Pißler, Knut B.: Chinesisches Kapitalmarktrecht. 2004. Band 127.
- Reichert-Facilides, Daniel: Fakultatives und zwingendes Kollisionsrecht. 1995. Band 46.
- Reiter, Christian: Vertrag und Geschäftsgrundlage im deutschen und italienischen Recht. 2002. Band 89.
- Richter, Stefan: siehe Veelken, Winfried.
- Rohe, Mathias: Zu den Geltungsgründen des Deliktsstatus. 1994. Band 43.
- Rothoeft, Daniel D.: Rückstellungen nach § 249 HGB und ihre Entsprechungen in den US-GAAP und IAS. 2004. Band 122.
- Rühl, Giesela: Obliegenheiten im Versicherungsvertragsrecht. 2004. Band 123.
- Rusch, Konrad: Gewinnhaftung bei Verletzung von Treuepflichten. 2003. Band 109.
- Sachsen Gessaphe, Karl August Prinz von: Das Konkubinat in den mexikanischen Zivilrechtsordnungen. 1990. Band 22.
- Sandrock, Andrea: Vertragswidrigkeit der Sachleistung. 2003. Band 104.
- Schärtl, Christoph: Das Spiegelbildprinzip im Rechtsverkehr mit ausländischen Staatenverbindungen. 2005. Band 145.
- Schepke, Jan: Das Erfolgshonorar des Rechtsanwalts. 1998. Band 62.
- Scherpe, Jens M.: Außergerichtliche Streitbeilegung in Verbrauchersachen. 2002. Band 96.
- Schilf, Sven: Allgemeine Vertragsgrundregeln als Vertragsstatut. 2005. Band 138. Schimansky, Annika: Der Franchisevertrag nach deutschem und niederländischem
- Schimansky, Annika: Der Franchisevertrag nach deutschem und niederländischem Recht. 2003. Band 112.
- Schlichte, Johannes: Die Grundlage der Zwangsvollstreckung im polnischen Recht. 2005. Band 144.
- Schmidt, Claudia: Der Haftungsdurchgriff und seine Umkehrung im internationalen Privatrecht. 1993. Band 31.
- Schmidt-Parzefall, Thomas: Die Auslegung des Parallelübereinkommens von Lugano. 1995. Band 47.
- Schnyder, Anton K.: Internationale Versicherungsaufsicht zwischen Wirtschaftsrecht und Kollisionsrecht. 1989. Band 20.
- Scholz, Ingo: Das Problem der autonomen Auslegung des EuGVÜ. 1998. Band 61. Seibt, Christoph H.: Zivilrechtlicher Ausgleich ökologischer Schäden. 1994.
- Seif, Ulrike: Der Bestandsschutz besitzloser Mobiliarsicherheiten. 1997. Band 52.
- Sieghörtner, Robert: Internationales Straßenverkehrsunfallrecht. 2002. Band 93.
- Siehr, Kurt: siehe Dopffel, Peter.
- Solomon, Dennis: Der Bereicherungsausgleich in Anweisungsfällen. 2004. Band 124.
- Sonnentag, Michael: Der Renvoi im Internationalen Privatrecht. 2001. Band 86.
- Spahlinger, Andreas: Sekundäre Insolvenzverfahren bei grenzüberschreitenden Insolvenzen. 1998. Band 64.
- Stegmann, Oliver: Tatsachenbehauptung und Werturteil in der deutschen und französischen Presse. 2004. Band 120.
- Stiller, Dietrich F.R.: Das internationale Zivilprozeßrecht der Republik Korea. 1989. Band 19.
- Takahashi, Eiji: Konzern und Unternehmensgruppe in Japan Regelung nach deutschem Modell? 1994. Band 38.

- Tassikas, Apostolos: Dispositives Recht und Rechtswahlfreiheit als Ausnahmebereiche der EG-Grundfreiheiten. 2004. Band 114.
- Thiele, Christian: Die zivilrechtliche Haftung der Tabakindustrie. 2003. Band 115. Thoms. Cordula: Einzelstatut bricht Gesamtstatut. 1996. Band 51.
- Tiedemann, Andrea: Internationales Erbrecht in Deutschland und Lateinamerika. 1993. Band 34.
- Tiedemann, Stefan: Die Haftung aus Vermögensübernahme im internationalen Recht, 1995, Band 45.
- Trulsen, Marion: Pflichtteilsrecht und englische family provision im Vergleich. 2004. Band 129.
- Veelken, Winfried, Matthias Karl, Stefan Richter: Die Europäische Fusionskontrolle. 1992. Band 30.
- Verse, Dirk A.: Verwendungen im Eigentümer-Besitzer-Verhältnis. 1999. Band 72.
 Waehler, Jan P. (Hrsg.): Deutsch-polnisches Kolloquium über Wirtschaftsrecht und das Recht des Persönlichkeitsschutzes. 1985. Band 12.
- (Hrsg.): Deutsches und sowjetisches Wirtschaftsrecht. Band 1. 1981. Band 4.
- Band 2. 1983. Band 9.
- Band 3. 1990. Band 25.
- Band 4, 1990, Band 26,
- Band 5. 1991. Band 28.
- Wang, Xiaoye: Monopole und Wettbewerb in der chinesischen Wirtschaft. 1993. Band 35.
- Weishaupt, Axel: Die vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten im brasilianischen Sach- und Kollisionsrecht. 1981. Band 3.
- Wesch, Susanne: Die Produzentenhaftung im internationalen Rechtsvergleich. 1994. Band 39.
- Weyde, Daniel: Anerkennung und Vollstreckung deutscher Entscheidungen in Polen. 1997. Band 58.
- Witzleb, Normann: Geldansprüche bei Persönlichkeitsverletzungen durch Medien. 2002. Band 94.
- Wu, Jiin Yu: Der Einfluß des Herstellers auf die Verbraucherpreise nach deutschem und taiwanesischem Recht. 1999. Band 71.
- Wurmnest, Wolfgang: Grundzüge eines europäischen Haftungsrechts. 2003. Band 102. -: siehe Basedow. I.
- Zeeck, Sebastian: Das Internationale Anfechtungsrecht in der Insolvenz. 2003. Band 108.
- Ziegert, K.A.: siehe Plett, K.